

Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, AL/GaP/PdA, BDP/CVP, GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, (Patrick Zillig, GLP/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Milena Daphinoff, CVP/Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO): Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen (2018.SR.000263)

In der Stadtratssitzung vom 23. Juni 2022 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Trans*-Organisationen umfassende Massnahmen zur Gleichstellung und Sicherung der Grundrechte von trans* Personen erarbeitet und im Rahmen des Aktionsplans zur Gleichstellung von Mann und Frau integriert und umgesetzt werden können.

Begründung

Trans* meint die Tatsache, dass bei einer Person die selbsterlebte Geschlechtsidentität nicht oder nicht ausschliesslich mit dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht übereinstimmt. Neuere Untersuchungen aus verschiedenen Ländern zeigen, dass ein halbes bis zwei Prozent der Bevölkerung sich nicht (ausschliesslich) mit dem zugeschriebenen Geschlecht identifizieren.

Aufgrund des starren gesellschaftlichen und rechtlichen Zweigeschlechtersystems (Frau/Mann) erleben trans* Menschen in vielen alltäglichen Bereichen Nachteile: von falscher Anrede über unpassende Toiletten bis zu ungewollten Outings. Hierbei kommen Ausschlüssen, welche trans* Personen im Kontakt mit staatlichen Institutionen (Schulen, Altersheime, Ämter, staatliche Unterbringungen etc.) erleben, aufgrund ihres strukturellen Charakters eine besondere Bedeutung zu. Untersuchungen zeigen, dass die Exklusion von trans* Personen gravierende soziale, juristische, finanzielle und gesundheitliche Folgen für sie hat. Überdies stellt die staatliche Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer Geschlechts-Geschlechtsidentität eine Verletzung ihrer Grundrechte dar, wodurch diese Personen keinen Zugang zu essentiellen Ressourcen erhalten.

Dass solche Ausschlüsse auch in der Schweiz Realität sind, zeigt sich in Studien und allen Fachpersonen, die trans* Menschen begleiten. Auch die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, welche unter anderem seit 2013 den Auftrag zur Förderung der Gleichstellung von trans* Personen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung hat, hat in der Vergangenheit punktuell über gewisse Aspekte dieser Stigmatisierungsdynamik informiert.

Um diesen gravierenden Problemen, mit welchen trans* Personen heute konfrontiert sind, begegnen zu können, schlagen internationale Menschenrechtsorgane die Schaffung umfassender Aktionspläne vor. Erst ein solcher, umfassender Ansatz ermöglicht es, auf effiziente Weise trans* Menschen gerecht zu werden. Unter der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den wichtigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sollen daher Massnahmen zur Gleichstellung von trans* Personen erarbeitet und im Rahmen des Aktionsplans für die Gleichstellung von Mann und Frau integriert und umgesetzt werden. Die Umsetzungsmassnahmen zur Sicherung der Grundrechte dieser Menschen sollen basierend auf bereits bestehenden Verwaltungsstrukturen vorgeschlagen werden. Hierbei ist im Sinne eines inklusiven Ansatzes insbesondere auf eine Kooperation mit Trans*-Organisationen zu achten,

Viele besonders lebensnahe Verwaltungsbereiche, die auch mit trans* Menschen in Kontakt kommen, sind auf kommunaler Ebene angesiedelt. Daher ist angebracht, dass sich die

Stadt Bern, in der hunderte bis mehrere Tausend trans* Personen wohnen dürften, sich auf diesem Feld engagiert.

Bern, 29. November 2018

Erstunterzeichnende: Patrick Zillig, Tabea Rai, Zora Schneider, Milena Daphinoff, Ursina Anderegg, Marcel Wüthrich, Mohamed Abdirahim

Mitunterzeichnende: Joëlle de Sépibus, Patrik Wyss, Ruth Altmann, Lionel Gaudy, Philip Kohli, Maurice Lindgren, Gabriela Blatter, Claude Grosjean, Melanie Mettler, Marianne Schild, Matthias Egli, Danielle Cesarov-Zaugg, Brigitte Hilty Haller, Michael Burkard, Timur Akçasayar, Benno Frauchiger, Michael Sutter, Marieke Kruit, Fuat Köçer, Edith Siegenthaler, Bettina Stüssi, Ayse Turgul, Laura Binz, Katharina Altas, Peter Marbet, Devrim Abbasoglu-Akturan, Regula Tschanz, Franziska Grossenbacher, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Angela Falk, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Seit der Einreichung des Postulats im November 2018 wurden zahlreiche Massnahmen ergriffen, um die Gleichstellung von trans Menschen in der Stadtverwaltung und in der Stadt Bern voranzutreiben.

Das Thema wurde im Rahmen der Arbeit der Stadt Bern mit Aktionsplänen zur Gleichstellung aufgenommen. Aktionspläne zur Gleichstellung werden seit 2009 unter der Federführung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann (und von LGBTIQ-Menschen) in Zusammenarbeit mit allen Direktionen erarbeitet und während der Laufzeit von vier Jahren umgesetzt.

Daneben wurde und wird die Gleichstellung von trans Menschen auf dieselbe Weise gefördert, wie dies auch für die Gleichstellung anderer Zielgruppen – zum Beispiel für heterosexuelle cis Frauen und Männer oder für Schwule und Lesben – der Fall ist. Beispielsweise mittels Beratung und Triage für Verwaltungsangestellte und Personen aus der Bevölkerung, durch Öffentlichkeitsarbeit wie die Durchführung von Veranstaltungen oder die Erarbeitung von Publikationen oder indem die Thematik bei Vernehmlassungen und Stellungnahmen und in neuen städtischen Projekten immer dort konsequent eingebracht wird, wo sie von Bedeutung ist (sog. Gender- und LGBTIQ-Mainstreaming-Ansatz).

Im dritten Aktionsplan mit der Laufzeit 2019 – 2022 wurden erstmals Massnahmen zur Förderung von LGBTIQ-Menschen aufgenommen und es wurde bei jeder Massnahme des Aktionsplans geprüft, ob das Thema «Trans» im Zusammenhang mit der Massnahme von Bedeutung ist. Überall dort, wo es sinnvoll erschien, wurde das Thema explizit aufgenommen. Dies war bei 16 der insgesamt 36 Massnahmen der Fall. In gleicher Weise wurde auch bei der Erarbeitung des vierten Aktionsplans Gleichstellung mit der Laufzeit 2023 – 2026 für alle Massnahmen geprüft, ob und wenn ja, wo die explizite Berücksichtigung der Trans-Thematik wichtig und sinnvoll ist. Von den insgesamt 32 Massnahmen ist das Thema «Trans» bei 13 Massnahmen von Bedeutung. Die Aktionspläne 2019 – 2022 und 2023 – 2026 sowie der Schlussbericht zum Aktionsplan 2019 – 2022 können online eingesehen werden (www.bern.ch/aktionsplangleichstellung).

Um im Vorfeld der Entwicklung der Massnahmen eines Aktionsplans zu eruieren, wo im städtischen Wirkungsbereich Handlungsbedarf in Bezug auf die Trans-Thematik besteht, stand und steht die Fachstelle Gleichstellung in regelmässigem Austausch mit trans Menschen aus der Stadtberner Zivilgesellschaft und mit Vertreter*innen der lokalen und nationalen trans- und LGBTIQ-Organisationen. Zudem ist die Stadt Bern über das Rainbow-Cities Network mit zahlreichen andern Städten vernetzt. So können die Herausforderungen, die sich im Kontext einer Stadt-

verwaltung im Zusammenhang mit der Förderung der Gleichstellung von trans Menschen stellen, mit den Gleichstellungsverantwortlichen anderer Regenbogenstädte diskutiert werden und es können gemeinsam pragmatische und praktikable Lösungen gesucht und erprobt werden. Last but not least führte die Fachstelle Gleichstellung im Vorfeld der Entwicklung der Massnahmen für die Aktionspläne Gleichstellung 2019 – 2022 sowie 2023 – 2023 Hearings durch, in welchen unter anderem auch Anliegen von Vertreter*innen zivilgesellschaftlichen trans Organisationen sowie von Selbstvertreter*innen der Trans-Community zusammengetragen wurden.

Um exemplarisch zu veranschaulichen, wo die Trans-Thematik in der Gleichstellungsarbeit aufgenommen wurde, werden im Folgenden einige konkrete Beispiele aus den Aktionsplänen und darüber hinaus aufgeführt:

Beispiele von Massnahmen zur Förderung von trans Menschen im Aktionsplan 2019 – 2022

- **Massnahme 3.1:** Durchführung des Berner Aktionsmonats LIKEEVERYONE für mehr Sichtbarkeit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, Thematisierung mit Kindern und Jugendlichen, Sensibilisierungsveranstaltungen, Fortbildungen für Fachpersonen, Podien, Filmvorführungen, Öffentlichkeitsarbeit mit Plakaten und Postkarten, Wettbewerb für Schulklassen und vieles mehr (vgl. bern.ch/likeeveryone).
- **Massnahme 3.5:** Leitfaden für Mitarbeitende der Stadtverwaltung zum Thema geschlechterinklusive Kommunikation (vgl. bern.ch/sprachlichegleichstellung).
- **Massnahme 4.1:** Einführung von WC's, Garderoben und Duschkabinen, die für Menschen aller Geschlechter zugänglich sind («universal», vgl. bern.ch/merkblattausstattung).
- **Massnahme 5.7:** Massnahmen zur Förderung der betriebsinternen Gleichstellung wie der Abbau von heteronormativen Formulierungen und die Berücksichtigung von spezifischen Bedürfnissen im Zusammenhang mit einer Transidentität in personalrechtlichen Grundlagen oder der Erwerb des Swiss LGBTI-Labels und die darauffolgende Umsetzungsphase der Empfehlungen aus dem Zertifizierungsprozess.

Beispiele von Massnahmen zur Förderung von trans Menschen im Aktionsplan 2023 – 2026

- **Massnahme 2.1** «Bern schaut hin – gemeinsam gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit», Kampagne und Meldetool (vgl. bern.ch/bernschauthin).
- **Massnahme 4.5** Überarbeitung der HR-Prozesse im Zusammenhang mit der grundlegenden Modernisierung des städtischen Personalmanagements (HR4you). Hier sollen diskriminierende Faktoren in allen HR-Prozessen eliminiert und strukturelle Hürden für trans Mitarbeitende der Stadtverwaltung abgebaut werden.
- **Massnahmen 4.8** Weiterbildungsangebote für Führungspersonen und für Mitarbeitende zu Themen der Diversität und Inklusion

Weitere Beispiele von Massnahmen und Aktivitäten zur Förderung von trans Menschen

- **Rechtsborschüre «Was gilt? – LGBTI meine Rechte»**, die unter anderem in Zusammenarbeit mit einer juristischen Fachperson des Transgender Network Switzerland (TGNS) erarbeitet wurde (vgl. www.bern.ch/publikationen).
- Beratung von Architekt*innen und städtischen Bauverantwortlichen bei der Einführung von **universal WC/Garderoben/Duschen** gemäss den Empfehlungen des Merkblatts Ausstattung. Das Merkblatt wurde unter anderem in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen aus der Trans-Community erarbeitet (www.bern.ch/merkblattausstattung).
- Beratung von Mitarbeiter*innen städtischer Dienststellen und Personen, die in der Stadt Bern leben und/oder arbeiten im Zusammenhang mit Fragen zur **sozialen Inklusion von trans Menschen**, insb. von Kindern und Jugendlichen. Bei komplizierteren Fragen wird hier immer

mit der Beratungsstelle für trans und nicht-binäre Menschen des Checkpoints Bern der AHBE oder mit TGNS Rücksprache genommen oder an diese weiterverwiesen.

- **Sensibilisierungsarbeit rund um Aktivitäten im Rahmen des IDAHOBIT** (Internationaler Tag gegen Homo- Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit), Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Social Media Beiträgen, Beflaggung Baldachin am Hauptbahnhof und verschiedener Gebäude der Stadtverwaltung und Mitarbeit der Stadt Bern bei der jährlichen Fotoausstellung des Rainbow Cities Network zum IDAHOBIT, bei der auch Trans-Themen immer in die Ausstellung einfließen (vgl. bern.ch/idahobit).

Der Abbau von Diskriminierungen sowie Massnahmen zur Förderung der Gesundheit und der sozialen Inklusion von trans Menschen ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. Es kann festgehalten werden, dass zahlreiche Massnahmen ergriffen wurden und werden, um die Gleichstellung von trans Menschen in der Stadtverwaltung und in der Stadt Bern voranzutreiben und dass eine etablierte Zusammenarbeit besteht zwischen der Fachstelle Gleichstellung und Vertreter*innen von Organisationen, die sich im Bereich der Transthematik engagieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 21. Juni 2023

Der Gemeinderat